

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus**

Das deutsche Gemeinwesen hat ein überragendes Interesse daran, dass sich alle Einwohner unseres Landes, soweit möglich, selbst unterhalten können.

Hierfür ist eine fundierte schulische Bildung und eine daran anschließende Ausbildung Grundvoraussetzung. Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus leben in einem die schulische Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden ständigen Unsicherheitsgefühl, in ein für sie unbekanntes Land abgeschoben zu werden und damit ihren begonnenen schulischen Bildungsgang nicht abschließen zu können bzw. erhalten trotz entsprechender Qualifikation keine Ausbildungsstelle.

Die im November 2006 beschlossene und umgesetzte Bleiberechtsregelung gilt nur für einen kleinen Teil der Betroffenen. Es bleibt eine Anzahl von langjährig Geduldeten, die nach wie vor keinen gesicherten Aufenthaltsstatus erreichen können. Derzeit werden Duldungen auch für junge Menschen in der Regel nur für Zeiträume erteilt, in denen eine Berufsausbildung nicht möglich ist.

Im Land Bremen müssen betroffenen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnet werden, einen erfolgreichen Schul- oder Ausbildungsabschluss zu erlangen, um bei einem weiteren Aufenthalt dauerhafte Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen des deutschen Staates zu vermeiden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle rechtlichen Möglichkeiten und bestehende Ermessensspielräume auszuschöpfen, in Bremen aufgewachsenen langjährig geduldeten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
 - a) durch geeignete Maßnahmen den Abschluss eines schulischen Bildungsgangs zu ermöglichen,
 - b) durch geeignete Maßnahmen, etwa die Erteilung einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, eine betriebliche Ausbildung, ein Hochschulstudium oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen,
2. soweit erforderlich, im Bundesrat die Initiative zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der beschriebenen Personengruppe einen schulischen Bildungsgang, eine betriebliche Ausbildung, ein Hochschulstudium oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen,
3. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 29. Februar 2008 über die ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen zur Umsetzung dieses Beschlusses zu berichten.

Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Björn Tschöpe,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD